EUROFRAME-Gruppe: Eurozone wächst erst 2014 wieder

EUROFRAME-Gruppe: Eurozone wächst erst 2014 wieder

Infolge eines schwächeren außenwirtschaftlichen Umfelds, ausgeprägter Unsicherheit an den Finanzmärkten und einer stark dämpfenden Finanzpolitik ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euroraum im Jahr 2012 um 0,5 Prozent geschrumpft. Das geht aus der aktuellen "Winterprognose 2012/2013" der EUROFRAME-Gruppe europäischer Konjunkturforschungsinstitute (European Forecasting Research Association for the Macro-Economy) hervor, deren Mitglied das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) ist. Demnach wurden im Verlauf des Jahres zunehmend auch diejenigen Länder des Euroraums von der Konjunkturschwäche erfasst, die zuvor die wirtschaftliche Entwicklung im Währungsgebiet noch gestützt hatten. Die Abschwächung zum Jahresende wirkt sich auch auf die Aussichten für den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Durchschnitt des Jahres 2013 aus.
Die tiefen Rezessionen in Griechenland, Portugal, Spanien und Italien drückten bis zuletzt auf die wirtschaftliche Aktivität im Euroraum. In Irland zeichnete sich hingegen eine Stabilisierung ab. Auch wenn die EUROFRAME-Institute für den Verlauf dieses Jahres eine Verbesserung von Stimmung und Vertrauen der Wirtschaft erwarten, wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2013 insgesamt wohl nochmals zurückgehen. Die Auslandsnachfrage dürfte nicht stark genug zunehmen, um den weiteren Rückgang der Inlandsnachfrage zu kompensieren.
Für 2014 ist wieder ein Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu erwarten, auch wenn der Zuwachs mit 1,3 Prozent weiterhin recht moderat ausfallen dürfte. Nach wie vor ist eine Reihe von Mitgliedsländern der Währungsunion anfällig für negative Schocks vonseiten der Finanzmärkte. Das Vertrauen der Finanzmärkte in die Krisenländer soll nicht zuletzt dadurch gestärkt werden, dass die Staatshaushalte durch Einsparungen und Steuererhöhungen auf einen nachhaltigen Kurs gebracht werden. Allerdings dämpfen die erheblichen Sparanstrengungen, die auch in mehreren anderen Ländern des Euroraums unternommen werden, kurzfristig spürbar die wirtschaftliche Aktivität. Ohne die fiskalischen Anpassungsmaßnahmen wäre in diesem und im nächsten Jahr mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 1,5 bis 2 Prozent zu rechnen.
EUROFRAME-Prognose für den Euroraum
BIP-Zuwachsrate: -0.5/-0.3/1.3 (2012/2013/2014)
Inflationsrate (HVPI): 2.5/1.5/1.6 (2012/2013/2014)
Arbeitslosenquote: 11.4/12.4/12.0 (2012/2013/2014)
Finanzierungssaldo des Staates in % des GDP: -3.2/-2.7/-2.1 (2012/2013/2014)

Pressestelle
Renate Bogdanovic
Sabine Fiedler
Sebastian Kollmann
Telefon +49-30-897 89-249, -250 oder -252
Mobil +49-174-319-3131
Mobil +49-174-183-5713
presse@diw.de
Pressereferentin Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)
Monika Wimmer
Telefon +49-30-89789-251
Mail: mwimmer@diw.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=523270" width="1" height="1">

Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

mwimmer@diw.de

Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

mwimmer@diw.de

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.